

## Professor Bontrup und ein ziemlich alter Trugschluss

Von Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker | 16.09.2014

Es gibt Argumente, die sind vollkommen falsch, klingen aber ungeheuer einleuchtend, weil sie ein (womöglich uraltes) Vorurteil bestätigen und deswegen das Denken der meisten Menschen in dieser Frage von vorneherein vernebelt ist oder gar nicht erst einsetzt. Eine Leserin fragt, ob denn die einfache Rechnung zur Arbeitszeitverkürzung, die Professor Heinz-Josef Bontrup [in einem Interview des Freitag](#) vorführte, so richtig sein kann. Ist sie überhaupt nicht, um es vorwegzunehmen. Aber die Art und Weise, wie Bontrup diese Milchmädchenrechnung verpackt, um ihr die nötige Überzeugungskraft zu geben, ist schon Klasse.

Das Übel Arbeitslosigkeit ist aus Bontrups Sicht Folge des technischen Fortschritts. Maschinen erleichtern den Menschen zwar die Arbeit, nehmen sie ihnen aber auch weg. Das führe zu dauernd steigender Arbeitslosigkeit. Das richtige Mittel dagegen, das Bontrup und mit ihm auch manche Gewerkschafter und viele Grundeinkommensbefürworter empfehlen: die Arbeitszeitverkürzung. In der Gesamtwirtschaft, so Bontrup, „ ... gilt eine einfache ökonomische Formel: Wenn die Produktivitätsrate größer ist als die preisbereinigte Wachstumsrate der wirtschaftlichen Leistung, dann entlädt sich das in einem Rückgang des Arbeitsvolumens. Dann müssen entweder Leute entlassen werden oder es sinkt die Arbeitszeit pro Kopf.“

Das ist die sogenannte Scherentheorie. [Dazu haben wir am 13. Februar 2013 folgendes geschrieben:](#) „Zunächst muss man klarstellen, dass die Grundüberlegung, aus der immer wieder AZV (Arbeitszeitverkürzung) sozusagen als zwingende Notwendigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung abgeleitet wird, falsch ist. Man sagt, es habe sich empirisch herausgestellt, dass über viele Jahre hinweg die Produktivität immer stärker gestiegen sei als das Wachstum und daraus entstehe Arbeitslosigkeit, weil offenbar das Wachstum gar nicht hoch genug sein kann, um die Wirkung der Maschinen auf die Produktivität und die Freisetzung der Arbeitskräfte auszugleichen. Diese sogenannte Scherentheorie ist seit vielen Jahrzehnten im Umlauf und dennoch Humbug. Man schließt aus einer reinen Identität auf eine Kausalität. Wenn die Arbeitslosigkeit zunimmt, muss definitionsgemäß die Produktivität stärker gestiegen sein als das Wachstum. Folglich erklärt man das Entstehen von Arbeitslosigkeit mit der Arbeitslosigkeit.“ (Vor sieben Jahren sind wir auf dieses Thema in unserem Buch "Das Ende der Massenarbeitslosigkeit" auf Seite 34 – 41 ausführlich eingegangen.

Man sieht, es ist und bleibt ein Dauerbrenner.)

In Wirklichkeit wechseln sich Phasen steigender und sinkender Arbeitslosigkeit ab, mal steigt also die Produktivität stärker als das Wachstum und mal ist es umgekehrt. In jeder der Phasen, die „Aufschwung“ genannt werden, steigt die Beschäftigung trotz steigender Produktivität, in den Abschwungphasen hingegen sinkt die Beschäftigung bei steigender Produktivität. Folglich ist das Entstehen und Andauern von Arbeitslosigkeit die Folge unterschiedlicher Intensität und Dauer von Auf- und Abschwüngen, also eine Frage der Konjunktur. Es „entlädt“ sich also der technische Fortschritt nicht in Arbeitslosigkeit, wie Bontrup meint, sondern aus irgendwelchen Gründen (und die zu klären ist die eigentliche Herausforderung der Volkswirtschaftslehre) entsteht Arbeitslosigkeit. In der Statistik kann man dann sehen, dass die Produktivität stärker gestiegen ist als das gesamtwirtschaftliche Einkommen. Das sagt aber weder etwas darüber aus, *wie* die Arbeitslosigkeit entstanden ist, noch, wie man sie beseitigen kann.

Eine einfache Formel zur Erklärung des Phänomens "Konjunktur" gibt es nicht. Wer sich aber von vornherein nicht mit dem konjunkturellen Auf und Ab zur Erklärung der Arbeitslosigkeit beschäftigt, dem bleibt nur, den rechnerischen Dreisatz zwischen Produktion, Produktivität und Arbeitsvolumen zur Theorie mit Kausalitätsgehalt zu erklären, was einer Bankerotterklärung in Sachen gesamtwirtschaftlicher Erkenntnis gleichkommt. Aus der scheinbaren Gesetzmäßigkeit der Scherentheorie folgt dann der Rest geradezu konsequent:

Frage des Freitag: „Vielleicht wollen viele Beschäftigte aber gar nicht weniger arbeiten, weil sie dann weniger verdienen?“

Antwort Bontrup: „Es muss natürlich einen vollen Lohn- und Personalausgleich geben. Dies geht verteilungsneutral. Keiner verliert, alle gewinnen. Selbst die Unternehmer können ihre Gewinne steigern. Wenn ich das in meinen Vorträgen vorrechne, dann ist der ganze Saal immer erstaunt und kann es kaum fassen.“

Das ist schon ungeheuer geschickt, weil Bontrup die eigentlich richtige Frage so dreht, dass „weniger verdienen“ ausgeschlossen wird. Die Frage ist: Weniger im Vergleich wozu? Hätte der Journalist gefragt „Vielleicht wollen viele Beschäftigte aber gar nicht weniger arbeiten, weil sie dann weniger verdienen, *als sie bei steigender Produktivität verdienen könnten?*“, wäre die Antwort nicht so leicht gewesen. Bontrup setzt in seiner Antwort nämlich voraus, dass den Beschäftigten ihr bisheriges Arbeitseinkommen genügt, und enthebt sie sozusagen der Wahl, ob sie an dem Produktivitätszuwachs lieber mit mehr Einkommen oder mehr Freizeit oder einer Kombination aus beidem beteiligt werden wollen. Er definiert einfach, dass kein Beschäftigter etwas verliert, wenn er auf dem gleichen Stand in Sachen Arbeitseinkommen bleibt wie bisher, und dass er sogar gewinnt, nämlich mehr Freizeit.

Auf die Anschlussfrage „Wie funktioniert das?“ antwortet Bontrup richtig: „Nehmen wir an, die Produktivität steigt um zwei Prozent. Dann kann ich mit dem gleichen Aufwand ein Produkt herstellen, das zwei Prozent mehr wert ist. Ich kann also den Arbeitern zwei Prozent mehr Lohn zahlen und gleichzeitig zwei Prozent mehr Gewinn einstreichen. Das wäre dann verteilungsneutral, es gibt keine Umverteilung von Kapital zur Arbeit oder umgekehrt.“ (Das entspricht genau dem, was wir

die goldene Lohnregel nennen.)

Jetzt hätte der Journalist nur fragen müssen: "Aber wenn die Arbeiter zwei Prozent mehr Lohn erhalten, dann können sie doch zwei Prozent mehr Güter als vorher nachfragen und dann braucht man bei einer Produktivitätszunahme von zwei Prozent genauso viele Arbeitskräfte wie zuvor und damit keine AZV, um neue Arbeitslosigkeit zu verhindern, denn es ist keine neue Arbeitslosigkeit entstanden, oder?" Da wäre dann die Argumentation von Bontrup am Ende gewesen.

Stattdessen wirft der Journalist ein: „Aber die Arbeitszeit wird so nicht kürzer.“ Das ist an dieser Stelle eine unsinnige Feststellung, denn man braucht in dem Beispielfall wie gesagt keine AZV zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit, weil keine Arbeitslosigkeit entstanden ist.

Vielleicht aber meinte der Journalist etwas anderes, nämlich, dass man AZV benötige, um *bereits vorhandene* Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Dann kann man allerdings nicht die *aktuelle* Produktivitätsentwicklung für die *alte* Arbeitslosigkeit verantwortlich machen und die aktuelle Produktivitätsentwicklung entsprechend auch nicht als Begründung für AZV heranziehen, wie das die Scherentheorie ja tut. Dann wäre zuerst eine Analyse erforderlich, wie die alte Arbeitslosigkeit entstanden ist. Und da würde mit dem Anführen der Scherentheorie offenbar, dass man sich in einem gedanklichen Zirkelschluss befindet. Das kann ja auch nicht anders sein, wenn man eine Definition als Kausalität verkauft, deren Stichhaltigkeit man wiederum mit Hilfe der Definition zu belegen versucht.

Die unsinnige Bemerkung des Journalisten ist aber genau die Vorlage, die Bontrup braucht: „Wenn der Beschäftigte einen Stundenlohn von 15 Euro bekam und nun 30 Cent mehr erhält, dann kann auch die Arbeitszeit um zwei Prozent gesenkt werden. Wenn Sie jetzt den erhöhten Lohn multiplizieren mit der abgesenkten Arbeitszeit, dann kommen Sie wieder auf 600 Euro. Der Beschäftigte erhält also genauso viel Geld wie vorher. Er arbeitet aber für gleiches Entgelt jetzt weniger. Dadurch haben wir die Chance, die Arbeitslosen und Unterbeschäftigten reinzuholen. Und es ist auch nicht zum Nachteil des Unternehmers, weil sein Gewinn mit der Produktivitätsrate steigt, nämlich um zwei Prozent. Demnach sind alle Gewinner.“

Hier kommt das erste Milchmädchen: Der Arbeitnehmer könnte effektiv zwei Prozent pro Woche mehr verdienen (nämlich  $40 \cdot 15,30 = 612 \text{ €}$  gegenüber  $40 \cdot 15,00 \text{ €} = 600 \text{ €}$ ), weil die Produktivität um zwei Prozent gestiegen ist. Die Stundenlohnsteigerung (gehen wir davon aus, es sei eine reale Lohnsteigerung gemeint) nimmt Bontrup an. Er kürzt dem Arbeitnehmer aber gleichzeitig die Arbeitszeit, so dass er trotz gestiegenen Stundenlohns nur genauso viel pro Woche verdient wie vorher (600 €). Wenn die kürzere Arbeitszeit den Wünschen des Arbeitnehmers entspricht, steht er besser da als ohne Produktivitätssteigerung, weil er für weniger Stunden den gleichen Wochenlohn bekommt. (Wenn das seinen Wünschen nicht entspricht, sieht die Sache anders aus.)

Das nennt Bontrup, wie viele Gewerkschaftsfunktionäre ebenfalls, „AZV mit vollem Lohnausgleich“ – eine Wortwahl, die man durchaus als sinnentstellend bezeichnen kann. Denn unter "AZV mit vollem Lohnausgleich" könnte man sehr gut verstehen, dass der Arbeiter 612 Euro verdient und zugleich weniger arbeitet. Die Frage ist einfach, welchen Referenzpunkt man wählt: die bisherigen 600 Euro oder die durch die Produktivitätssteigerung möglichen und den Arbeitnehmern (zur Gewährleistung einer unveränderten Einkommensverteilung zwischen Arbeit und Kapital) *zustehenden* 612 Euro. Den

Arbeitgebern ist es natürlich recht, wenn hier von "AZV mit vollem Lohnausgleich" gesprochen wird, weil das suggeriert, die Arbeitnehmer hätten zweierlei bekommen, nämlich eine AZV und einen Ausgleich beim Lohn.

Nun aber kommt das Problem, das Bontrup überhaupt nicht anspricht. Der Volkswirtschaft fehlen im Bontrup-Fall mit AZV für eine Ausdehnung der Beschäftigung (in Höhe der AZV der bislang Beschäftigten) zwei Prozent zusätzliche Nachfrage, weil die Löhne der Beschäftigten (pro Woche oder pro Monat) ja nicht gestiegen sind. Angesichts der Innovation und der höheren Produktivität könnten eigentlich zwei Prozent mehr Güter produziert werden. Die werden aber nicht produziert, weil ja mit denselben Arbeitskräften die gleiche Menge Güter in etwas weniger Zeit hergestellt wird und auch niemand zusätzlich nach den potenziell mehr herstellbaren Gütern konkret am Markt verlangt. Denn ohne Zunahme der Lohnsumme kann sich ja auch keine zusätzliche Nachfrage am Markt bemerkbar machen.

Die reine Produktivitätssteigerung ist arbeitsplatz*neutral*, wenn sie denn in den *Stundenlöhnen* weitergegeben wird. Ob von den bislang Beschäftigten gleich viele Stunden gearbeitet werden (und damit mehr Güter produziert werden) oder weniger Stunden gearbeitet werden (und damit z.B. die gleiche Menge an Gütern produziert wird wie vorher), ändert zwar etwas an der Menge des Güterkonsums und der Freizeit der Beschäftigten (und damit auch an der Ökobilanz der Volkswirtschaft), nichts aber an der Zahl der Arbeitslosen bzw. dem Beschäftigungsvolumen der Unterbeschäftigten. Bontrups Behauptung, durch die AZV hätten "wir die Chance, die Arbeitslosen und Unterbeschäftigten reinzuholen.", ignoriert das Problem, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften von den Unternehmern ausgeht. Die sehen sich nur dann zu einer Steigerung ihrer Arbeitskräftenachfrage veranlasst, wenn *zuerst* die Nachfrage nach ihren Gütern um so viel steigt, dass sie die nachgefragte Menge nicht mit den vorhandenen Beschäftigten – bei der höheren Produktivität – produzieren können.

Die spannende Frage ist also, wann das der Fall ist. Die Nachfrage der bislang Arbeitslosen ändert sich nicht von allein, von ihr ist also kein Anstoß zu erwarten. Und die Nachfrage der bislang Beschäftigten wächst nur im Rahmen des Lohnwachstums. Ist letzteres dank AZV wie in dem Beispiel auf null gesetzt, bleibt die Nachfrage konstant. Dank der Produktivitätssteigerung ist es den Unternehmen aber möglich, exakt diese konstante Nachfrage trotz AZV komplett zu bedienen, weil ja die AZV genau entsprechend der Produktivitätssteigerung vorgenommen wurde (2 % weniger Arbeitszeit bei 2 % Produktivitätszuwachs). Auch jede Variante dazwischen – ein bisschen Lohnsteigerung und ein bisschen AZV, so dass in der Summe gerade die Produktivitätssteigerung herauskommt – liefert kein anderes Ergebnis: Immer steigt die Nachfrage nur um so viel, wie die bereits Beschäftigten mehr produzieren können.

Erst wenn im Bontrup-Beispiel die erhofften Neueinstellungen tatsächlich stattgefunden haben, weitet sich die Nachfrage so stark aus, dass die Produktionsmenge, die mit den bislang Beschäftigten hergestellt werden kann, nicht mehr Schritt halten kann. Damit wird aber das gewünschte Ergebnis der AZV, die Verringerung der Arbeitslosigkeit, selbst zur Voraussetzung gemacht, dass diese Rechnung aufgeht. Weiter sagt Bontrup ja, "Und es ist auch nicht zum Nachteil des Unternehmers, weil sein Gewinn mit der Produktivitätsrate steigt, nämlich um zwei Prozent. Demnach sind alle

Gewinner." Die Gewinne steigen aber im Bontrup-Beispiel keineswegs, bevor nicht mehr Leute eingestellt werden, weil ja ohne Neueinstellungen die Gesamtproduktion dank AZV gleich bleibt und der Stückgewinn ebenfalls. Worin sollte dann aber der Anreiz für die Unternehmen bestehen, neue Leute einzustellen?

Da haben wir das zweite Milchmädchen: Bontrup holt sich die notwendige zusätzliche Nachfrage für zusätzliche Arbeitskräfte durch die Hintertür. Er hatte nämlich schon in seiner ersten Antworten von „vollem Lohn- und Personalausgleich“ gesprochen. Personalausgleich aber heißt, dass er unterstellt, die Unternehmen stellten *unmittelbar* zwei Prozent mehr Leute ein. Das tun sie aber gerade nicht, weil sie ja keine zusätzliche Nachfrage haben und ihre Gewinne nicht gestiegen sind.

Vermutlich stellen die Unternehmen deshalb nach Bontrups Meinung mehr Leute ein, weil sie wissen, dass sie nur dann die potenziell mögliche Produktion (wegen der höheren Produktivität) auch realisieren können. Das ist jedoch absurd. Wenn das so wäre, fragte man sich, warum die Unternehmer nicht dauernd auf diese geniale Idee kommen: mehr Leute einstellen, um mehr Produkte absetzen zu können. Dann gäbe es niemals Arbeitslosigkeit, sondern immer Überbeschäftigung. Dann ist allerdings auch AZV vollkommen überflüssig, und über die Scherentheorie muss man gar nicht erst nachdenken.

Nein, was Bontrup da verkauft, ist Unsinn. Alles spricht dafür, dass Unternehmen, denen eine AZV mit vollem Lohnausgleich à la Bontrup auferlegt wird, versuchen, die höhere Produktivität auch in höhere Gewinne umzusetzen. Also werden sie auch nach der AZV wieder versuchen, ihre Kosten zu senken, und auf keinen Fall mehr Leute einstellen.

Deswegen gibt es die „Verknappung“ der Arbeitskräfte durch "AZV bei vollem Lohnausgleich", auf die Bontrup setzt, in keinem Fall. Sein Rat für die Gewerkschaften, "Wir müssen zuerst eure [gemeint ist der Gewerkschaftsmitglieder, Anm. d. Verf.] Arbeitszeit verkürzen. Dann kriegen wir auch eure Löhne wieder nach oben.", baut auf einem gedanklichen Trugschluss auf.

Übrigens unterscheidet sich Bontrups Idee im Prinzip nicht von den jahrelangen Empfehlungen des Sachverständigenrates, durch Lohnmoderation "Produktivität für Beschäftigung zu reservieren". Denn auch bei dieser Empfehlung war und ist der springende Punkt die irriige Hoffnung, dass wegen Lohnmoderation zu niedrig ausfallende Nachfrage (also zu niedrig im Vergleich zur Produktivitätssteigerung) durch sofortige Einstellungen von Beschäftigten ausgeglichen würde. Der Haken bei der Sache ist der gleiche wie oben: Die Unternehmer stellen niemanden zusätzlich ein, bevor sich ihre Nachfrageperspektive nicht *exogen*, d.h. ohne ihr eigenes Zutun, aufgehellt hat. Wenn aber die ergriffenen Maßnahmen eben diese Nachfrageperspektive nicht verbessern, sondern sogar eintrüben, dann wird es nichts mit den Neueinstellungen.

Diese grundsätzliche Übereinstimmung in der Argumentation der neoliberal / neoklassisch orientierten Lohnmoderation-Prediger und der (sich als progressiv und sicher nicht neoliberal / neoklassisch verstehenden) AZV-Befürworter ist den Vertretern beider Lager womöglich nicht klar. Sie ist aber fatal, weil dadurch viele Gutwillige – vermutlich unwissentlich – quasi zu Gefangenen der orthodoxen Lehre werden. Denn wer AZV für ein Mittel gegen Arbeitslosigkeit hält, kann dem Argumentationsmuster der Lohnmoderationbefürworter nichts entgegensetzen.

Die Übereinstimmung setzt sich nahtlos darin fort, dass beide Denkmodelle das tragende Element beim technischen Fortschritt für den Arbeitsmarkt nicht intensiv analysieren: die Investitionsnachfrage. Stattdessen fällt die Produktivitätszunahme vom Himmel, sie wird einfach angenommen und, zumindest von den AZV-Befürwortern, zum Problem erklärt. Dabei setzt eine echte Produktivitätssteigerung, d.h. eine, die nicht auf dem härteren Auspressen der Beschäftigten, also nicht auf sogenannter Arbeitsverdichtung beruht, Investitionen voraus. Die sorgen für eine bessere Auslastung der Investitionsgüterindustrie. Und das ist der Schlüssel für mehr Beschäftigung.

Wir werden in einem zweiten Teil in den nächsten Tagen drei Möglichkeiten der Lohnpolitik, nämlich Lohnerhöhung, AZV und Lohnsenkung (bzw. Lohnmoderation) noch einmal mit einem Zahlenbeispiel illustrieren, um die Argumente noch plastischer und für jedermann verständlich zu machen. Dabei werden wir auch auf die Unterscheidung nominaler und realer Größen eingehen und auf die Folgen, die diese Varianten jeweils für die Inflationsrate des Landes und für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung insgesamt haben.

## Über den Autor

---

Veröffentlicht am: 16.09.2014

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2014/09/professor-bontrup-und-ein-ziemlich-alter-trugschluss/>